

Keine ausländischen Polizisten: SP enttäuscht – SVP macht sich trotzdem Sorgen

Baselbieter Landrat Das Parlament entscheidet knapp, den Polizeiberuf auch künftig nicht für Leute mit C-Bewilligung zu öffnen. Richtig glücklich sind aber auch die Gewinner der Abstimmung nicht.

Isabelle Thommen

Keine ausländischen Polizistinnen und Polizisten im Baselbiet: Der Landrat stimmte gestern gegen die Pläne der Regierung, Beamte mit C-Bewilligung zuzulassen.

Bei der Abstimmung ging es insbesondere um die Frage, ob es eine Volksabstimmung geben wird. Dafür wäre das Vierfünftelmehr nötig gewesen. Dann hätte das Volk Ja sagen müssen, um das neue Gesetz einzuführen. So weit kommt es nun nicht. Bei 40 Nein-zu 40 Ja-Stimmen wurde der Antrag per Stichentscheid durch Vize-Landratspräsident Andreas Dürr (FDP) abgelehnt. Landratspräsident Reto Tschudin (SVP) fiel krankheitsbedingt aus.

Mit der Abstimmung verbuchen die Bürgerlichen im Landrat einen Erfolg: Die SVP und die FDP waren gegen die Vorlage, bei der Mitte gab es Abweichler. Bei der Diskussion vor zwei Wochen erklärte SVP-Landrat Martin Karrer: «Die Entscheidung geht an die Substanz unseres Staatswesens. Das Gewaltmonopol gehört in Schweizer Hand. Denn wer eine Uniform trägt, vertritt unseren Staat.»

Zufrieden, aber Bedenken wegen knappen Ergebnisses

Dieses Argument sei nach wie vor das wichtigste, wenn es um Polizeibeamte gehe, sagt der Baselbieter SVP-Präsident Peter Riebli nach der Abstimmung der BaZ. «Das Eingreifen gegen Schweizer Bürger muss Schweizern vorbehalten bleiben.» Entsprechend zufrieden ist er mit dem Entscheid des Landrats.



Baselbieter Polizistinnen und Polizisten müssen auch in Zukunft einen Schweizer Pass besitzen. Symbolfoto: Polizei BL

Dass das Ergebnis so knapp ausgefallen sei, überrasche ihn aber. «Der Kanton bewegt sich immer weiter von der bürgerlichen Grenze weg», sagt Riebli. «Vor einigen Jahren hätte diese Abstimmung ganz anders ausgesehen. Es wird immer mehrheitsfähiger, dass das Gewaltmonopol in ausländische Hand gerät.» Die SVP

werde das in Zukunft bedenken, wenn die Frage nach ausländischen Polizistinnen und Polizisten wieder auf den Tisch komme. Dass die Idee in den kommenden Jahren trotz Nein im Landrat und Nein der zuständigen Justizkommission im Baselbiet wieder diskutiert werden wird, erscheint wahrscheinlich. Seit mehreren

Jahren gibt es politische Anläufe, um im Baselbiet Polizistinnen und Polizisten mit Niederlassungsbewilligung C zuzulassen. So wollen die Befürworter dem Personalmangel im Polizeiberuf entgegenwirken. «Wir hätten den Anwärterpool für die Polizei gerne erweitert», sagt SP-Regierungsrätin Kath-

rin Schweizer dieser Redaktion. «Wir haben viele Babyboomer bei der Baselbieter Polizei, das wird eine grosse Herausforderung in den nächsten Jahren.» Um angesichts der anrollenden Pensionierungswelle für Nachwuchs zu sorgen, will die Sicherheitsdirektorin «weiter offensiv auf junge Erwachsene und Frauen zugehen».

«Es ist nicht die erste gute Idee, die mehrere Anläufe braucht», sagt SP-Landrätin Simone Abt zur BaZ. Sie hatte die Motion zur Zulassung von ausländischen Polizistinnen und Polizisten im Landrat lanciert. «Das ist bei Fortschritten in der Gesellschaft oft so. Es ist nach wie vor eine gute Idee. Wir sind einfach noch nicht so weit.» Sie argumentiert: «Wir müssen gute Leute einbinden, auch wenn sie keinen Schweizer Pass haben. Die Polizei muss die Gesellschaft widerspiegeln.»

Mehrere Linke fehlten gestern im Landrat

Abt zeigt sich enttäuscht über das Nein. «Es hat fast gereicht. Am Schluss entschied der Stichentscheid, das will man natürlich nie.» Die Diskussion im Parlament sei sehr emotional verlaufen, sagt die SP-Landrätin. Sie hätte sich eine Volksabstimmung gewünscht. «Ich habe mir eine sympathische Kampagne mit Leuten aus dem Kanton vorgestellt.»

Bitter für die Befürworterinnen: An der Landratssitzung von gestern fehlten einige Parlamentarier der SP und der Grünen. Simone Abt sieht diesen Fakt aber gelassen. «Bei knappen Entscheidungen gibt es immer wieder diese Situation. Wir wussten, dass das Geschäft auf Messers Schneide steht.»

Auch wenn der kranke Landratspräsident Reto Tschudin anwesend gewesen wäre, hätte der Stichentscheid zu einem Nein geführt, zählt Abt einen weiteren Faktor auf. «Es hat heute nicht sein sollen.»

Finanzausgleich: Parlament sucht Befreiungsschlag

Millionenstreit Eine Mehrheit spricht sich für einen Kompromiss aus – aus Angst vor einer Volksabstimmung.

Nadine Jermann ist an diesem Donnerstag eine zufriedene Politikerin. Überraschend deutlich stellt sich das Baselbieter Parlament hinter den Kompromiss, den die freisinnige Landrätin als Präsidentin des Verbands Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) in den vergangenen Wochen ausgearbeitet hat – einen Kompromiss, der verhindern sollte, dass es zu einer Volksabstimmung kommt, in der die wohlhabenden gegen die ärmeren Ortschaften kämpfen.

Jermann sagt es so: «Wenn wir den Vorschlag nicht durchgebracht hätten, wäre es zu einem heftigen Abstimmungskampf gekommen, in dem das Image des Kantons enorm gelitten hätte. Die Einzigen, die daran wirklich Freude hätten, wärt ihr – die Medien.»

Wohlhabende Gemeinden lancierten Initiative

Was die Freisinnige anspricht, ist der Finanzausgleich, eines der kontroversesten Themen im Baselbiet: Die eher reichen Ortschaften (Geber) leisten jährliche Zahlungen an die eher armen (Nehmer), um eine ausgewoge-

ne Steuerbelastung und gleiche Leistungsfähigkeit zu gewährleisten. Im letzten Jahr beliefen sich diese Geldströme auf rund 77 Millionen Franken.

Ziemlich einhellig hat sich zuletzt jedoch die Haltung verbreitet, dass es mit dem Finanzausgleich so nicht wirklich weitergehen kann. Nur: Eine mehrheitsfähige Reform wurde bis heute nicht erarbeitet.

Darum lancierten die wohlhabenden Gemeinden (insbesondere im Speckgürtel) im Jahr 2021 – damals noch unter der Führung des heutigen Regierungsrates Markus Eigenmann (FDP) – eine Initiative, um das Gesetz dahin gehend abzuändern, dass sie weniger bezahlen müssen.

Dies sorgte allerdings bei den ärmeren Gemeinden (allen voran im ländlichen Raum) für Frust. Sie befürchteten, künftig auf viel Geld verzichten zu müssen. Augenscheinlich: Ein Deal war nötig, um die Beteiligten zumindest einigermaßen zufriedenzustellen, und insbesondere: um der Abstimmung, die die Gemeinden gegeneinander aufbringen würde, vorzugreifen.



Landrat
Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Noch im letzten Jahr wurde ein solcher Kompromiss unter der Führung des VBLG schliesslich austariert. Dieser sieht für die Gebergemeinden eine Entlastung von rund vier Millionen Franken vor. Zudem soll auch der Kanton zur Kasse gebeten werden und sich jährlich mit 9,7 Millionen Franken am Verteilerschlüssel beteiligen.

Interessant wurde es hingegen, als die landrätliche Finanzkommission kürzlich bekannt gab, dass sie am Status quo fest-

halten wolle. Das Szenario eines heftigen Abstimmungskampfs zwischen den Gemeinden war plötzlich wieder real: Scheitert der Kompromiss, hätte ein grosser Teil der Nehmergemeinden nämlich den Istzustand verteidigt, die Gebergemeinden wären wiederum für die Entlastung eingestanden.

Der Aufschrei in der politischen Bubble war bemerkenswert. Der Baselbieter Politblogger Manfred Messmer meinte sogar, dass eine solche Abstimmung das Potenzial hätte, die Debatte um die Wiedervereinigung mit Basel-Stadt in den Schatten zu stellen.

Doch so weit kommt es nun nicht. Nadine Jermann und weitere Gemeindevertreter haben vor und hinter den Kulissen dafür gesorgt, dass eine Mehrheit des Landrats ihnen folgt und den Antrag der Finanzkommission kippt.

Im Rat hält Florian Spiegel (SVP), der die Kommission präsidiert, zwar erneut dagegen: «Auch dieser Kompromiss ist nicht der Heilsbringer», sagt er. Er sei unausgegoren, die Probleme der Gemeinden gingen tiefer.

Zudem erläutert er, dass nicht alle Nehmergemeinden hinter dem Deal stünden und es durchaus solche gebe, die die Reform nach wie vor kritisch sähen. Auch sei es stossend, dass der Kanton jetzt einen Millionenbetrag übernehmen solle.

Ein fairer Deal, der den Kanton zusammenhält

Davon ist das Parlament aber nicht überzeugt. Politiker von links bis rechts betonen, dass die vorliegende Lösung nicht perfekt sei. Doch es handle sich um einen fairen Deal, der Risiken minimiere und den Kanton zusammenhalte. Auch Nadine Jermann spricht von einem «Mittelweg»: Sie hofft auf einen Befreiungsschlag, der die Kontroverse beruhigen wird.

In zwei Wochen wird der Landrat abschliessend befinden. Sollte der Kompromiss das Vierfünftelmehr verfehlen, wird das Volk doch noch an die Urne gehen müssen. Immerhin: Die Gebergemeinden haben bereits angekündigt, ihre Initiative zurückzuziehen.

Benjamin Wirth

«Französisch trägt wesentlich zum Zusammenhalt bei»

Bildungspolitik Das Französisch ist derzeit in der gesamten Deutschschweiz ein Politikum. Auch in den beiden Basel findet eine gross angelegte Befragung dazu statt, was Lehrpersonen und Erziehungsberechtigte von Frühfranzösisch halten. Béatrix von Sury d'Aspremont macht das Sorgen. «Der Französischunterricht an unseren Schulen hat einen zunehmend schweren Stand», schreibt die Mitte-Landrätin in einer Interpellation. Frühfranzösisch sei zwar diskussionswürdig, doch niemand spreche davon, bei einem allfälligen Wegfall die Anzahl Französischlektionen auf der Sekundarstufe zu erhöhen.

In der Beantwortung der Interpellation bekräftigt der Regierungsrat, wie wichtig der Französischunterricht sei: «Der Sprachunterricht trägt wesentlich zum nationalen sowie gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.» Die Überprüfung des 2010 eingeführten Sprachkonzepts erfordere eine sorgfältige Analyse. Neben der Befragung würden die Auswertungen wissenschaftlicher Studien sowie die Analyse von Datengrundlagen in die Überlegungen einbezogen. (ith)